

Berliner Tageblatt



Nr. 57

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Montag, 3. Februar 1930

Druck und Verlag von Rudolf Messe in Berlin.

Die grundlegenden Beschlüsse des spanischen Ministerrats.

BERENGUER an der Arbeit.

Primo de Rivera soll nach den Balearen geschickt werden.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

MADRID, 3. Februar.

Der am Sonnabend abgehaltene Ministerrat des neuen spanischen Kabinetts hat eine ganze Reihe von Entscheidungen gebracht, die von allerhöchstem Interesse sind. Das Kabinetts ist ernsthaft an die Arbeit gegangen. Der erste Teil dieser Arbeit muss naturgemäß in der Revision der Massnahmen der Diktatur bestehen und in der Abänderung beziehungsweise Abschaffung eines grossen Teils ihrer Verordnungen. Damit ist begonnen worden. Mit der Auflösung der Nationalversammlung hat sich der Ministerrat, entgegen den Erwartungen, allerdings noch nicht beschäftigt, doch wird ein dahingehender Beschluss in Kürze erfolgen. Die über dem Hauptportal des alten Kongressgebäudes angebrachte Tafel mit der Aufschrift „Nationalversammlung“ wird sofort entfernt. Die von Primo de Rivera ernannten Präsidentsmitglieder der Nationalversammlung haben ihre Ämter schon niedergelegt, unter ihnen der ehemalige Ausseminister Yanguas. Sämtlichen Generaldirektoren des Verkehrsministeriums, die unseren deutschen Ministerialdirektoren entsprechen, haben ihre Demission gegeben; sie ist angenommen worden. Es heisst übrigens, dass die von dem bisherigen Verkehrsminister betriebene Politik in ihren Grundzügen umgestaltet werden soll. So will man angeblich die für die Bewässerung und die Ausnutzung von Wasserkraften geschaffenen Arbeitsgemeinschaften, deren Anleihen durch den Staat garantiert waren, auflösen. Das wäre ein erster Schritt zur Umgestaltung der Finanzpolitik. Ausserdem beschloss der Ministerrat eine grundsätzliche Reform der Staatsverwaltung nach dem Prinzip der Sparsamkeit.

Ueber die weitere politische Entwicklung sprach sich der Ministerpräsident dahin aus, dass man erst einmal das Staatsleben klären und in eine gerade Richtung führen müsse. Sei dies geschehen, dann sei der Weg frei für die Wahlen zu den Cortes. Einen Zeitpunkt könne er allerdings noch nicht angeben.

Jedes Ministerium ist nach dem Beschluss des Ministerrats angewiesen worden, die in seinen Bereich fallenden Verordnungen der Diktatur daraufhin zu prüfen, ob sie abgeändert werden müssen, und ob die vordem bestehenden Gesetze wieder in Kraft gesetzt werden können. Das kann die allerweitestgehenden Folgen haben. So weist „Sol“ darauf hin, dass unter diesem Beschluss die von der Diktatur willkürlich verhängten Geldstrafen fallen dürften. Ausserdem ist bekannt geworden, dass eventuell die Rechtsgültigkeit der unter Primo de Rivera geschaffenen Wirtschaftsmonopole angefochten werden soll. Ein anderer wichtiger Beschluss des Ministerrats ist die Wiederinkraftsetzung des von der Diktatur abgeschaffenen Staatseinkommensgesetzes. Dadurch wird zum Beispiel die unter Primo viel geübte Übertragung von Budgetposten unmöglich, die ein Mittel zur Verschleierung der tatsächlichen Ausgaben war. Die schon gemeldeten Massnahmen zur Beilegung des Akademikerkonflikts wurden bestätigt. Damit erhält auch Unanimo seinen

Lehrstuhl in Salamanca wieder. Am heutigen Montag soll die Universität in Madrid und am Dienstag die Hochschule in Barcelona wieder eröffnet werden.

Eine wirtschaftspolitisch ausserordentlich wichtige Massnahme ist der Beschluss des Kabinetts, den vor wenigen Wochen eingeführten Abieferungszwang von 80 Prozent der Exportdevisen sofort aufzuheben.

Ferner wird den Advokatenkollegien die ihnen in letzter Zeit genommene Berechtigung zur Selbstwahl ihrer Vorstände wiedergegeben. Wie erinnert, war Primo de Rivera gegen die Advokaten vorgegangen, weil das Madrider Kollegium unter Benutzung des ihm zugestandenen Wahlrechts für die Nationalversammlung drei der erbittertesten Gegner der Diktatur gewählt hatte. Für den Anfang der Woche sind zwei Dekrete angekündigt, über die sich die Regierung noch in tiefstem Schweigen hüllt. Für den 6. Februar, den ersten Todestag der Königinmutter Maria Cristina, ist eine grosse Amnestie zu erwarten.

Der Ministerpräsident hat bei der Vorstellung der Spitzen der Madrider Garnison darauf hingewiesen, dass er beabsichtige, sehr bald wichtige Reformen in der Armee durchzuführen. Die bekanntgewordenen Aeusserungen Berenguers sind recht dunkel. Offenbar denkt er zunächst an eine Besserstellung der nach Beendigung des Marokko-Feldzuges zur Disposition gestellten Offiziere. Es braucht nicht betont zu werden, dass das Problem der Zufriedenstellung der ausgedienten Offiziere eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme für die innere Beilegung Spaniens ist.

Primo de Rivera wurde vom Herzog von Almodovar, dem während des Staatsstreiches von 1923 Innenminister war, zum Duell gefordert, weil er eine Verwandte des Herzogs beleidigt hat, und zwar ist dies die bekannte Mimi Castellan, mit der Primo de Rivera vor einigen Jahren einmal verlobt war. Primo hatte die Auflösung des Verlöbnisses damit begründet, dass seine Braut spekuliert habe. Der gestürzte Diktator hat die Forderung in einem Briefe mit der Begründung abgelehnt, die Ereignisse von 1923 und seine Handlungen bis zu seinem Sturze gehörten der Geschichte an.

Es verlautet, dass die Regierung beabsichtige, Primo de Rivera, der noch immer aktiver Generallieutenant ist, als Generalkapitän nach den Balearen zu schicken.

Dort wäre er weit genug von Madrid entfernt. Man kann aber wohl kaum glauben, dass Primo bereit sein dürfte, diesen Posten anzunehmen. Dann müsste er allerdings den aktiven Dienst in der Armee quittieren. Aus der Partei Primo de Riveras, der Unión Patriótica, treten massenhaft Mitglieder aus. Jetzt wird vor aller Welt offenbar, zu einem wie grossen Teil dieses Gebilde, das eine Art faschistischer Organisation darstellen sollte, aus Diktaturgewinnern und geschäftlichen Strebern zusammengesetzt war.

von Rheinbaben vertreten, da der erst vor wenigen Tagen nach Berlin von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrte Parteiführer Scholz noch nicht hinreichend mit den laufenden Angelegenheiten vertraut ist. Ueber Finanzfragen ist heute noch nicht gesprochen worden; doch sollen im Laufe dieser Woche noch mehrere Parteiführerbesprechungen stattfinden, in denen dies eingehend werden wird.

Die Parteiführerbesprechungen waren um 2 Uhr beendet. Wie wir hören, ist sowohl in bezug auf die Saarfrage, wie insbesondere auch in bezug auf das polnische Liquidationsabkommen Uebereinstimmung mit den Parteiführern erzielt worden. Es wird damit gerechnet, dass von preussischer Seite jetzt keine weiteren Schwierigkeiten gegen den Abschluss dieses Abkommens erhoben werden.

Landeshauptmann Piontek †. Der Landeshauptmann von Oberschlesien, Dr. Piontek, ist an einer langdauernden inneren Erkrankung, zu der eine Lungenentzündung trat, in Ratibor verstorben.

Selbstmord. Wie wir hören, hat sich heute vormittag der Inhaber der bekannten Speditionsfirma Schütte & Noelle, Fritz Buchenau, in seinem Bureau in der Brunnenstrasse erschossen. Als Grund der Verzweiflung wird uns Nervenzerrüttung genannt. Finanzielle Schwierigkeiten der Firma scheinen nicht in Frage zu kommen.

Polizeiliche und politische Gegenwehr.

Von Dr. ERNST FEDER.

Die kommunistische Revolution, die auf den 1. Februar angekündigt war, ist nicht abgehalten worden. Während es in Hamburg immerhin zu erheblichen Ruhestörungen kam, ist in Berlin die Polizei ohne jede Mühe der Lage Herr geworden. Die rechtzeitige Verhaftung der Anführer hatte durch das ursprüngliche Programm einen dicken Strich gemacht, und einige Schreckschüsse haben genügt, um die Züge auseinanderzutreiben, die dem Demonstrationsverbot trotzen wollten. Verständlich ist, dass das kommunistische Zentralorgan trotzdem den Versuch macht, die Bedeutung der abgesagten Revolution in helles Licht zu setzen. „Der Hungermarsch hat begonnen“, heisst mit dem neu erfundenen Schlagwort die Parole des Tages. „Das Berliner Proletariat marschiert auf“, „eine graue Masse voll glühender Begeisterung und revolutionärem Feuer wälzt sich durch die Strassen“, der „geschlossene Demonstrationzug von tausend revolutionären Arbeitern“, so sieht und so schildert eine erregte Phantasie die kümmerlichen Vorgänge dieser Tage, und es ist grotesk, dass dieselbe Zeitung, die das missglückte Unternehmen gern als einen revolutionären Aufstand darstellen möchte, auf derselben Seite über die Einleitung eines Hochverratsverfahrens in Kiel bewegliche Klagen führt, zwei Seiten weiter aber die Erbrechtung eines „Vertreters“ in Moskau als vorbildlich preist und allen Gewalttaten von rechts von vornherein einen Freibrief ausstellend, feierlich verspricht: „So wird auch die deutsche Arbeiterschaft mit allen ihren Feinden abrechnen.“

Es ist völlig klar, dass mit einem Barrikadenerfolg weder die Befehlsempfänger in Hamburg und in Berlin, noch die Befehlerteiler in Moskau gerechnet haben. Was bedeutet also das scheinbar sinnlose Treiben, über dessen Zusammenhänge und neue Wege in Handel, Film und Kino hier kürzlich näher Angaben gemacht worden sind? Sollte etwa die Absicht bestehen, einen Putsch von rechts zu provozieren? Schon gehen neue Gerüchte von gewalttätigen Absichten der Rechten um. Von Waffenlagern ist die Rede. Von einem Unsturzversuch, für den schon das genaue Datum angegeben wird, nämlich die Nacht zum 25. März, weil an diesem Tage angeblich Reichspräsident von Hindenburg das Haager Abkommen unterzeichnen wird. Besonders vorsichtige Gespenstseher lassen schon ihre Wohnungen gegen alle Aufruhrschäden versichern. Ueber diese Thorheiten mit Kalenderdatum mag man lächeln. Aber es hat den Anschein, dass gewisse Kreise der Rechten durch systematische Verbreitung solchen Unsinn Unruhe stiften, dass sie unter Ausnutzung der ungünstigen Wirtschaftslage eine ähnliche Stimmung erzeugen möchten, wie sie im Oktober 1923 bestand.

Der Gefahr, die diese Situation bedeutet, muss die Regierung mit polizeilichen und politischen Waffen entgegenreten. Zu den polizeilichen Waffen gehört das Republiksschutzgesetz, dessen Beratung man bisher künstlich verzögert hat, offenbar, weil man der jetzigen Situation einen Konfliktsstoff fernhalten wollte. Morgen ist die zweite Ausschussberatung des Gesetzes, und es ist dringend erwünscht, dass der Reichstag, sobald er die erste Lesung der Young-Gesetze beendet und sie dem Ausschuss überwiesen hat, die dann freierwerdende Zeit für die Beratung des Schutzgesetzes im Plenum benutzt. Wichtiger noch ist die politische Gegenwehr. Sie verlangt, dass die Reichsregierung aus sich heraus endlich die innere Kräftigung vornimmt, die unbedingt notwendig ist. Es ist nicht zu verkennen, dass die Bewegung in den Ländern nicht gerade zur Stärkung der Regierungsgewalt beigetragen hat. In Württemberg hat der von den angesehensten Demokratenführern gemissbilligte Eintritt der Demokraten in die Regierung der Herren Bolz und Bazille eine sehr unerfreuliche Situation herbeigeführt. In Sachsen sind die Mehrheitsverhältnisse so unsicher, dass der volksparteiliche Ministerpräsident Büniger mit den Nationalsozialisten zu liebäugeln beginnt, und in dem Nachbarland Thüringen hat sich die Deutsche Volkspartei mit ihnen schon an einen Regierungslisch gesetzt. In Preussen endlich hat das hässliche Spiel der letzten Wochen zwar nicht zur Bildung der Grossen Koalition,

Einigung über Saarfrage und Polen-Abkommen.

Parteiführer-Besprechung in der Reichskanzlei.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist auf heute nachmittag, 5 Uhr, einberufen worden, um den Termin für den Zusammentritt des Reichstags festzusetzen. Die Vollziehung des Reichstages zur Verabschiedung der Haager Gesetze ist auf Dienstag, nachmittag 5 Uhr, anberaumt worden. Man rechnet also damit, dass die Ausschlüsse des Reichsrats, die heute morgen zur Beratung über das Abkommen mit Polen zusammengetreten sind, heute oder spätestens morgen mittag fertig werden. Unsicher ist noch, ob der Reichsrat selbst schon morgen abend die Young-Gesetze verabschieden kann. Sollte er auch noch am Mittwoch tagen, so würde der Reichstag nicht schon am Freitag in die erste Lesung der Gesetze eintreten können. Um aber die Volksvertretung für alle Fälle zur Hand zu haben, beabsichtigt der Präsident des Reichstags, dem Aeltestenrat vorzuschlagen, das Haus jedenfalls auf Freitag einzuberufen und ihm unter Umständen eine andere Tagesordnung (Mieterschutz und andere Vorlagen) anheimzustellen.

Die Parteiführer der Regierungsparteien sind heute vormittag, 11 Uhr, in der Reichskanzlei zur Besprechung über den Stand der Saarverhandlungen und über das Liquidationsabkommen mit Polen erschienen.

Die Deutsche Volkspartei war bei der Parteiführerbesprechung durch die Abgeordneten Zeyl und Freilerr

Driften

hille Ratti
XI.
agen von
ioezer
2 Lan'schafts
enden photo
Ver assers
sgabe
uckt in Halb
iert 1 bis CCC

gabe
n alionischem
ar nummeriert

Berlin SW 100

achungen
tgen

UNG

ungsein: chtung
(vaer - Pfalz)
r, ab 11 Uhr
ag, v. 10-7 Uhr
pendate v. Trunk
z. Einzelmöbel
nchtungskörper
ilmes, K. P. M.
Oelgemälde von
ren (teppiche und
teppiche / Vampy,
luss Waschtisch

Zuschl.
Kunst-
auktie ab 9
hachtelstr. 54

ng

Wohnung wegen
se 43.
r, ab 11 Uhr
r, ab 11 Uhr
ig (von Pfalz)
hränken, Eiche

ilmöbel
reich eingel.
okoko m. allen
meintage / etc.

m. Garatich d.
mrv. Carosfeld
den. Decken etc.
k, Kula, Täbris,
K. P. M. (18
r 12 Personen),
Rekorationen,
Klebbeset,
staltung,
alfurzerdehne
n Haus etc.

Joseph
urg 1549.
urg

JNG

idapest
idapest

enace / Curano
EN
(lesien)
Jahrhunderts.

n-Latur
hundreds

LES
m. B. M.
s (1874 bis 1886)
erkunnt Berlin

n. Gustin mit aus
im, je Dame, d. ihre
r, will, als alle ihre
r. in engl. an 1/2
Tliehrat on Thami,
gland.

LAND.

die (jüdisch, nicht
Herrn als einlege
n ihrem schön ein
in London auf. Best
nuten Heim. Zuschl
an M. M. Samuels
n. West Hamp
N. W. 6.

ologe

er Neuchâtel (Lure
Ancebo, Berende
ungen unter Reg
n Mosse, Königsb
Hohenz. u. Teil 20
Spezialwissen) i alle
Wichtigkeiten
verliches Anwesen in
Park Sport. Gymn
ne Vorberstung!

Die Parteiführer der Regierungsparteien sind heute vormittag, 11 Uhr, in der Reichskanzlei zur Besprechung über den Stand der Saarverhandlungen und über das Liquidationsabkommen mit Polen erschienen.

Die Deutsche Volkspartei war bei der Parteiführerbesprechung durch die Abgeordneten Zeyl und Freilerr